



Der Bonner Prof. Meinhard Heinze will für die Freien Berufe kämpfen – notfalls vor dem EuGH.

im Rahmen ihrer Berufsausübung erbringen sowie die Lieferungen von Zahnersatz durch Zahnärzte und Zahntechniker“. Die Bayerische Landes Zahnärztekammer hatte bereits im Vorfeld der Bundesversammlung einen Antrag gegen die geplante Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe gestellt. Auch diesen Antrag machte sich die Bundesversammlung zu eigen. Wörtlich heißt es: „Die Freien Berufe scheiden als Besteuerungssubjekt aus, da sie kein Gewerbe führen. Schon die derzeitige Besteuerung benachteiligt die Freien Berufe in ekla-

tanter Weise gegenüber Kapitalgesellschaften. Jetzt diskutierte weitere Abgaben (zum Beispiel in Form einer Betriebsstättenabgabe) haben unabsehbare Folgen für die Freien Berufe, aber auch für die Wirtschaft.“ Die Bundesversammlung forderte die Bundesregierung deshalb auf, bei der Reform der Unternehmenssteuer die Freien Berufe in die Diskussion einzubinden.

Mutige Gesundheitsreform gefordert

In ihrer „Hamburger Erklärung zur gesundheitspolitischen Notstandsgesetzgebung“ forderten die Präsidenten der Zahnärztekammern den Gesetzgeber auf, endlich eine auf die Belange der modernen Zahnmedizin abgestimmte Reform anzugehen, um eine angemessene Versorgung der Patienten sicherzustellen. „Freiheit des Berufsstandes und Eigenverantwortung der Patienten müssen oberste Priorität haben.“ (Die Erklärung ist im vollen Wortlaut unten abgedruckt.)

Redaktion

Hamburger Erklärung zur gesundheitspolitischen Notstandsgesetzgebung

Die im Rahmen der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer am 8./9. November 2002 verabschiedete „Hamburger Erklärung“ im vollen Wortlaut: „Anlässlich ihrer Bundesversammlung in Hamburg 2002 erklären alle Präsidenten der Zahnärztekammern in Deutschland und der Präsident der Bundeszahnärztekammer: Die im Vorschaltgesetz für das Jahr 2003 beabsichtigten Maßnahmen sind nicht geeignet, den Anforderungen an eine moderne Zahnheilkunde gerecht zu werden. Sie sind die Fortsetzung der gesundheitspolitischen Hilflosigkeit, die seit Jahren das System in die fachliche Sackgasse und in die soziale Ungerechtigkeit führt.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, endlich eine auf die Belange der modernen Zahnmedizin abgestimmte Reform anzugehen, um eine angemessene Versorgung der Patienten sicherzustellen. Freiheit des Berufsstandes und Eigenverantwortung der Patienten müssen oberste Priorität haben. Konzepte dafür sind hinlänglich bekannt. Präventionsorientierte Zahnheilkunde muß mit sozialer Gerechtigkeit gepaart werden. Der Schlüssel dafür sind die befundbezogenen Festzuschüsse in der Zahnheilkunde. Wir fordern die Politik auf, mit uns diesen Reformweg zum Wohle der Patienten zu gehen.“